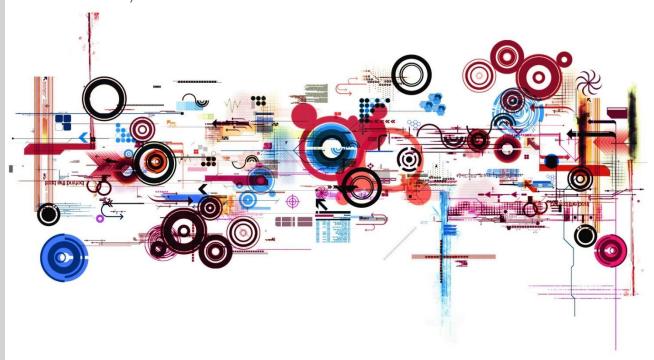


Internationaler Datenaustausch unter der DSGVO

Daniel Kaiser Ernst & Young Law GmbH München, 15. November 2018





Münchner Fachanwaltstag IT-Recht

Intro

Fakten zu EY

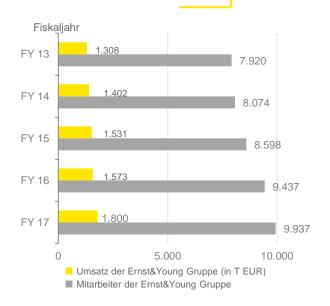
Hauptsitz: Stuttgart

Rechtsform: GmbH

Mitarbeiter: 9.937

Standorte: 21

Umsatz in FY17: 1.8 Mio. EUR











Lernziele / Agenda

- Grundlagen
- Praxisrelevante Legitimationsmechanismen
- Neuerungen unter der DSGVO (Accountability)
- Strukturierte Umsetzung in der Praxis (insb. intra group)
- Häufige Fehlerquellen



Münchner Fachanwaltstag IT-Recht

Legitimation von Cross-Border Data Transfers



Angemessenheitsbeschluss der Kommission (Art. 45)

- Drittland / internationaleOrganisation oder
- Gebiet / spezifische Sektoren in Drittland
- ▶ z.B. EU-US Privacy Shield

Verbindliche interne Datenschutzvorschriften (BCRs) (Art. 46 (2) lit. b iVm Art. 47)

 Genehmigung durch zuständige
 Aufsichtsbehörde erforderlich



Standarddatenschutzklauseln (Art. 46 (2) lit. c und d)

- ► Von Kommission (lit. c) erlassen bzw. von Aufsichtsbehörde erlassen und von Kommission genehmigt (lit. d)
- Verwendung ohneAbänderungsmöglichkeit

Genehmigte Verhaltensregeln (CoC) (Art. 46 (2) lit. e iVm Art. 40)

- Initiierung durch Verbände / Vereinigungen (z.B. GDV)
- Rechtsverbindlichkeit und Durchsetzbarkeit in Drittland erforderlich
- Genehmigung durch zuständige Aufsichtsbehörde

Genehmigter Zertifizierungsmechanismus (Art. 46 (2) lit. f iVm Art. 42)

- Rechtsverbindlichkeit und Durchsetzbarkeit in Drittland erforderlich
- Zertifizierung durch
 Zertifizierungsstelle /
 Aufsichtsbehörde

Ad-hoc Genehmigung durch zuständige Aufsicht (Art. 46 (2) lit. f iVm Art. 42)

- ► Vertragsklauseln (hier u.a. P2P-Klauseln denkbar)
- ► Bestimmungen zwischen Behörden / öffentl. Stellen

Ausnahmefälle (Art. 49)

- ► Ausdrückliche Einwilligung
- Vertragserfüllung
- ▶ Rechtsansprüche
- ► In Einzelfall (I 2-4): Zwingende berechtigte Interessen des Verantwortliche

Unzulässige Übermittlung / Weitergabe (Art. 48)

► Herausgabe an Drittland-Behörden oder Gerichte nur auf Basis einer Internationalen Vereinbarung



Angemessenheitsbeschlüsse*

- Angemessenheitsbeschluss für Japan geplant
- Angemessenheitsentscheidungen nach RL 95/46/EG gelten fort (Art. 45 (9) DSGVO)
 - Argentinien (2003/490/EC)
 - Andorra (2010/625/EU)
 - Guernsey (2003/821/EC)
 - Isle of Man (2004/411/EC)
 - Jersey (2008/393/EC)
 - Kanada (2002/2/EC)
 - Neuseeland (2013/65/EU)
 - Israel (2011/61/EU)
 - Schweiz (2000/518/EC)
 - Färöer Inseln (2010/146/EU)
 - Uruguay (2012/484/EU)

Für USA:

- "Safe Harbor" gekippt durch EuGH C-362/14 ("Schrems")
- Nachfolger "EU-US Privacy Shield" steht ebenfalls "auf der Kippe" (vgl. EP-Entschließung vom 26.6.2018)

^{*} Zum EWR gehören neben den EU-Mitgliedstaaten derzeit Island, Liechtenstein und Norwegen. Seit 20. Juli 2018 gilt die DSGVO auch in diesen drei Staaten



Standarddatenschutzklauseln (SCCs)

- Noch keine aktualisierten SCCs
- Fortgeltung der SCCs auf Grundlage der RL 95/46/EG
 - C2C (Set 1 / Set 2)
 - C2P
- Notwendige Überarbeitung in Planung
 - Anpassung der C2P an Art. 28 DSGVO
 - P2P-SCCs, JC-SCCs
- Für USA: EuGH-Verfahren anhängig ("Schrems II"?)
 - Entscheidung 2019 erwartet





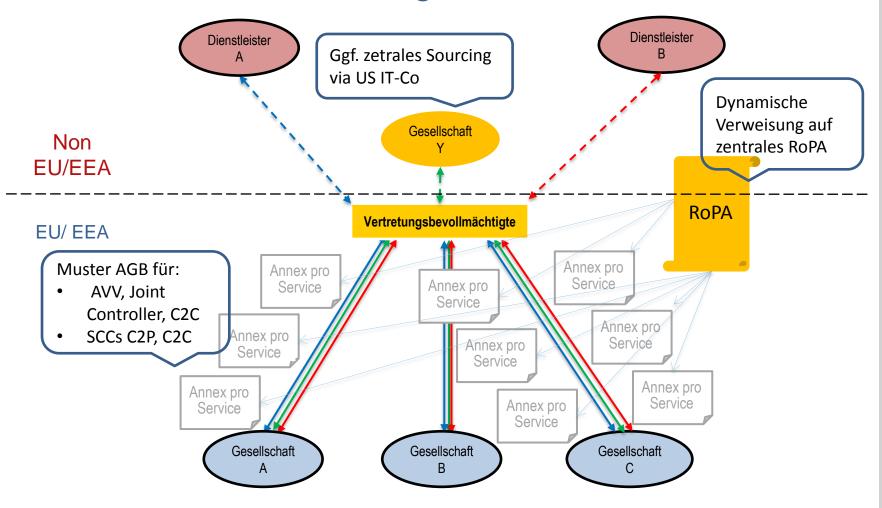
Neuerungen unter der DSGVO (Accountability; Art. 5 (2))

- Stärker Fokus auf Verfahrensverantwortlichkeit (Wirksamkeit der definierten Maßnahmen)
 - Equifax Ltd: Bußgeld iHv GBP 500.000 (ICO)
- "Praktische Essentials":
 - Konkreter Gegenstand der Verarbeitung
 - Kontrolle der Beauftragten in der Dienstleisterkette
 - Effektive Kooperation bei Betroffenenrechten und Datenpannen
 - Angemessene und wirksame sowie nachweisbare und überprüfbare TOMs





Strukturierte Umsetzung in der Praxis







Häufige Fehlerquellen

- Mangelnder Fokus auf das Wesentliche
- Keine praktische Wirksamkeit
- Folgepflicht Information (Artt. 13 (1) lit. f; 14 (1) lit. f)
- Sonderproblem Stern-Modell:
 - Ein Auftragsverarbeiter in der EU darf seinerseits keine C2P-SCCs mit einem Unterbeauftragten in einem Drittland abschließen, vielmehr ist ein Direktvertrag zwischen dem Verantwortlichem und dem "ersten" Auftragsverarbeiter außerhalb der EU/EWR notwendig (vgl. Erwg. 23 Entscheidung 2010/87/EU)
 - Grund: keine P2P-SCCs existent.

Bußgeld Art. 83 (5) lit. c: EUR 20 Mio. oder bis zu 4 %





Fragen?